

**Protokoll der Stellungnahmen des Landtages Brandenburg und des
Ministerpräsidenten Dr. Woidke zur aktuellen Lage
24. Februar 2022**

Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! Liebe Vertreter der Landesregierung und der Presse! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen! Aus aktuellem Anlass hat sich das Präsidium heute vor der Sitzung getroffen und vereinbart, dass es vor Eintritt in die Tagesordnung Redebeiträge zum russischen Angriff auf die Ukraine in der Reihenfolge Landtagspräsidentin, Ministerpräsident und Fraktionen gibt.

Sehr verehrte Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die schlimmsten Befürchtungen sind wahr geworden. Letzte Nacht gab es einen russischen Angriff auf die Ukraine. Sirenen in Kiew - der ukrainische Präsident hat das Kriegsrecht ausgerufen. Die Meldungen überschlagen sich gerade.

In einer Zeit, in der die Welt viele Probleme gemeinsam zu lösen hat, werden wir erschüttert von Aggression, Zerstörung und Lebensgefahr für Menschen unweit von uns. Ein militärischer Angriff ist niemals gerechtfertigt. Für den Bruch des Völkerrechts gibt es keine Rechtfertigung.

Wir nehmen die Lehren der Geschichte ernst, an die im Landtag Brandenburg an jedem 8. Mai und an vielen anderen Tagen zusammen mit Vertretern der mittel- und osteuropäischen Länder, auch Russlands, erinnert wird. „Nie wieder Krieg!“ - haben wir gelernt, gelebt und geglaubt.

Jetzt werden Solidaritätsresolutionen verabschiedet, Aufrufe, die Friedensordnung in Europa zu bewahren. Waffen tragen dazu nicht bei. Dialog muss wieder möglich

werden. Augenmaß, Besonnenheit sind notwendig. Zugleich müssen wir Haltung zeigen. Das aktuelle Vorgehen der russischen Führung ist absolut inakzeptabel.

Uns Demokraten eint das Wort des Bundeskanzlers: Die Friedensordnung in Europa baut darauf auf, dass Grenzen nicht verändert werden und staatliche Souveränität zu achten ist. - Danke.

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach Jahrzehnten des Friedens gibt es wieder Krieg in Europa. Es ist eine Tragödie für die Menschen in der Ukraine, und es ist eine Tragödie, fürchte ich, auch für die Menschen in Russland. Es sind schwarze Tage für Europa und auch für uns Brandenburger.

Wir erleben einen eklatanten Bruch des Völkerrechts und den Versuch, den Lauf der Geschichte mit militärischen Mitteln zu verändern, die demokratische Entwicklung in einem unabhängigen Staat mit militärischer Gewalt zu verhindern.

Brandenburg steht fest an der Seite der Menschen in der Ukraine. Diese Aggression, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird ihre Ziele nicht erreichen. Die Menschen in Brandenburg wollen Frieden. Sie wollen Freundschaft mit anderen Völkern, besonders auch mit dem russischen Volk. Viele, die sich für gute Beziehungen zu Russland beispielsweise in Schul- oder Städtepartnerschaften, bei Wirtschafts- oder Sportprojekten engagiert haben, sind heute tief enttäuscht. Und ich gebe zu: Das betrifft auch mich persönlich. Ich bin tief enttäuscht von dem, was in der letzten Nacht passiert ist.

Ich habe mich heute Morgen an eine Veranstaltung im Jahr 2018 in Bad Freienwalde erinnert. Ich habe damals gemeinsam mit seiner Exzellenz, dem russischen Botschafter Netschajew eine neu gestaltete Gedenkstätte für sowjetische Opfer des Zweiten Weltkriegs, für sowjetische Soldaten eingeweiht. Das Besondere an dieser Gedenkstätte war, dass die Gefallenen durch die gemeinsame Arbeit des Volksbundes für Kriegsgräberfürsorge mit russischen Archiven ihre Namen zurückbekommen haben. Es lag da nicht mehr der unbekannte Soldat. Es lagen da

Petr, Iwan, Andrej oder Nikolai. Mit dem Namen haben die Gefallenen nicht nur ihre Identität wiederbekommen, sondern jedem, der davor steht, wird klar: Es sind Söhne, Brüder, Väter. Wenn man sich dann die Geburtsdaten anguckt, sieht man: Es sind Menschen, die in seltenen Fällen älter als 21 oder 22 Jahre geworden sind.

Und heute mahnen uns diese Toten. Sie rufen uns zu: Nie wieder Krieg! - Deswegen, Herr Präsident Putin: Stoppen Sie sofort diese Aggression gegen die Ukraine!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Keller.

Keller (SPD):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute Morgen sind wir in einem anderen Europa als dem, in dem wir gestern eingeschlafen sind, aufgewacht. Die Vorstellung, dass heute mitten in Europa unverschuldet Familien, Kinder um ihr Leben fürchten, ist unerträglich. Dass in den nächsten Wochen 20, vielleicht auch 30 Millionen Menschen unverschuldet zu Kriegsflüchtlingen in Europa werden, ist unerträglich. Die Vorstellung - auch heute Morgen so wach geworden zu sein -, dass unvorbereitet in der Ukraine Einrichtungen bombardiert worden sind und heute schon - nicht erst morgen, nicht in den nächsten Tagen, sondern schon heute Nacht; das muss uns bewusst werden - Menschen in der Ukraine unvorbereitet, überrascht ihr Leben verloren haben, ist unerträglich!

Die von Putin angeordneten kriegerischen Handlungen gegenüber der Ukraine - das will ich hier auch deutlich machen; deswegen ist es gut, dass wir heute hier auch nach Abwägung beraten - sind nicht nur ein Angriff auf die Ukraine, sie sind auch ein Angriff auf Europa. Und man muss deutlich sagen: Am Ende ist es auch ein Angriff auf die Demokratie.

Ich will auch eines deutlich machen: Weder die Ukraine und die Menschen dort noch wir Europäer und erst recht nicht wir in Brandenburg werden die Demokratie, werden unsere Werte an irgendeiner Stelle in irgendeiner Form zur Disposition stellen und

aufgeben. Ich sage hier ganz deutlich: Wir stehen den Menschen in der Ukraine solidarisch zur Seite! Wir werden da, wo wir hier in Brandenburg helfen können, auch helfen, meine Damen und Herren!

Und es muss ein klares Zeichen hier aus dem Brandenburger Landtag geben; alle müssen hier ein klares Zeichen setzen und sagen: Wir werden, wenn es notwendig ist, Ukrainerinnen und Ukrainer hier in Brandenburg aufnehmen. Wir werden, wenn notwendig, medizinische Hilfeleistung geben, wir werden - und das ist wichtig - auf allen diplomatischen Kanälen, die auch wir hier in Brandenburg haben, weiter versuchen, die Akteure wieder an den Tisch zu holen, auch mit zivilgesellschaftlichem Engagement werden wir dort alles erdenklich tun.

Es darf nur eine klare Aussage aus dem Brandenburger Landtag geben: Die kriegerischen Handlungen Putins in der Ukraine sind nicht nur zu verurteilen, ich sage: Wir werden hier in Brandenburg gemeinsam mit Europa diese kriegerischen Handlungen, die wir heute Morgen erleben mussten, verdammen, meine Damen und Herren! Dieses klare Zeichen muss hier aus dem Brandenburger Landtag kommen!

Wir müssen aber - das hat die Geschichte auch in Europa gezeigt - bei all dem, was wir jetzt erleben, einen kühlen Kopf bewahren. Es braucht Dialog. Und ich will hier deutlich sagen: Es braucht eine klare Antwort und - trotzdem - auch ein klares Dialogangebot von Deutschland, von Europa und der gesamten Weltgemeinschaft. Alle müssen wieder an den Tisch und darüber reden, wie wir diese kriegerische Handlung Putins, Russlands beenden. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Dr. Berndt.

Dr. Berndt (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorab: Wir hätten es für angemessener gehalten, die Aussprache zu den Vorgängen in der Ukraine morgen - in einer Sondersitzung - zu führen. Deshalb haben wir uns auch bei der Änderung der

Tagesordnung enthalten.

Heute äußern wir uns, ohne wirklich genaue Kenntnisse über die Vorgänge in der Ukraine zu haben. Aber so viel scheint sicher: Der Ukrainekonflikt ist durch das Eingreifen russischer Truppen dramatisch eskaliert - und das verurteilen wir. Wir verurteilen Gewaltanwendung. Krieg und Gewalt dürfen kein Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen sein. Und Hilfe für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine unterstützen auch wir.

Die Forderung der Stunde ist deshalb, die militärischen Operationen zu beenden und Verhandlungen mit dem ernststen Willen zu führen, zu einem Interessenausgleich zu kommen, denn dass in der Ostukraine unterschiedliche Interessen aufeinanderstoßen, ist Fakt und seit Langem bekannt. Es geht um die territoriale Integrität der Ukraine, es geht um das Selbstbestimmungsrecht der Völker, und es geht auch um die Sicherheitsinteressen Russlands. Eine gewaltfreie Lösung der mit diesen Interessengegensätzen verbundenen Probleme ist nur möglich, wenn die Belange aller Seiten gewürdigt werden.

Sanktionen halten wir für ungeeignet; alle Sanktionen gegen Russland haben sich bis heute als wirkungslos erwiesen, und es ist nicht zu erwarten, dass es künftig anders wird.

Wir appellieren an die Bundesregierung, im Ukrainekonflikt endlich als Vermittler aufzutreten! - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Dr. Redmann.

Dr. Redmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich 1999 meinen Wehrdienst absolviert habe, war ich felsenfest davon überzeugt, dass im Verlauf meiner Lebensspanne die Verteidigung von Demokratie und Freiheit gar nicht mehr nötig sein

werde. Nach den Ereignissen der letzten Nacht bin ich mir nicht mehr so sicher.

Die letzte Nacht - der Angriff Russlands auf die Ukraine - ist eine Zäsur. Sie ist eine Zäsur im Verhältnis zu Russland. Wir alle gemeinsam haben uns in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten darum bemüht, das Verhältnis zu Russland freundschaftlich zu gestalten. Wir haben stets die Hand zum Dialog und zu Vereinbarungen auf völkerrechtlicher Grundlage ausgestreckt, um die Friedensordnung in Europa langfristig und dauerhaft zu sichern. Heute Morgen müssen wir einsehen, dass es zu einem Dialog immer zweier Partner bedarf, dass es auch des Willens aller Beteiligten zum Frieden - den Frieden zu wollen - bedarf und dass gegen den Willen, Frieden zu halten, Frieden in Europa nicht möglich ist.

Mein Eindruck ist, dass es hier gerade nicht um die Sicherheitsinteressen Russlands geht, sondern dass sich hier ein Regime, ein Despot im Kreml, in einer Position der Stärke wähnt, die ihn dazu ermächtigt, historische Grenzverschiebungen rückgängig zu machen. Das ist die Gedankenwelt, in der Wladimir Putin lebt. Und wir müssen uns fragen, wie wir darauf reagieren: Betroffenheit am heutigen Morgen ist das eine, Betroffenheit allein wird aber nicht reichen.

Es ist für uns - für Deutschland, für die westliche Welt, für die Europäische Union, für die NATO - erforderlich, ein Signal der Entschlossenheit und der Geschlossenheit nach Moskau zu senden, dass wir dieses völkerrechtswidrige Verhalten, diese Kriegstreiberei Russlands und Putins, nicht dulden werden, meine Damen und Herren.

Wir stehen an der Seite der Ukraine, an der Seite der Menschen, die ihr Leben gegenwärtig bedroht sehen. Ich möchte aber auch betonen, dass wir in dieser Stunde ebenso an unsere Partner im Baltikum denken, die sich große Sorgen machen, an unsere Freundinnen und Freunde in Polen, die sich große Sorgen machen, an unsere brandenburgische Partnerregion Adscharien in Georgien, wo sich die Menschen ebenfalls große Sorgen machen und sich die Frage stellen, ob ihnen eigentlich in naher Zukunft das gleiche Schicksal blüht wie gegenwärtig der Ukraine. Auch all jenen müssen wir in dieser Stunde unsere Unterstützung, unsere entschlossene Unterstützung versichern. Und wenn wir eins aus den vergangenen Wochen und Monaten lernen können, dann, dass sich Wladimir Putin von vagen

Absichtserklärungen nicht beeindruckt lässt. Deshalb sollten wir gemeinsam entschlossen, geschlossen und mit kühlem Kopf eine Antwort nach Moskau senden, die dazu führt, dass Wladimir Putin sein Expansionsstreben aufgibt. - Danke schön.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Für die Fraktion DIE LINKE spricht Herr Abgeordneter Walter.

Walter (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser 24. Februar 2022 ist ein historischer Tag. Heute Morgen sind wir in einer anderen Welt aufgewacht. Auch ich persönlich habe es bis heute Morgen für völlig selbstverständlich gehalten, dass wir in Frieden leben, dass Kinder zur Schule gehen, dass Menschen arbeiten gehen, dass Menschen in den Urlaub fahren, dass Menschen einander treffen und in Frieden miteinander leben können.

Wenn meine Großmutter - sie kam aus Dresden - mir von ihren Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg erzählt hat, von der Bombennacht, von der Nachkriegszeit, wie sie meinen Vater großgezogen hat, der 1944 geboren ist, habe ich immer gedacht: So etwas werde ich Gott sei Dank nicht erleben. - Und während wir hier stehen und reden, explodieren Granaten, fallen Bomben und werden Raketen gestartet. Bomben, Granaten und Raketen auf Kinder, auf Eltern, auf Großeltern.

Alles, was so undenkbar schien, ist jetzt real. Genau jetzt, in diesem Moment, sterben Menschen. Sie sterben, weil Putin einen Angriffskrieg führt, weil Putin heute Nacht die Ukraine überfallen hat und für sein Expansionsstreben flächendeckend dafür sorgen will, dass er mehr Macht bekommt. Es ist die Verantwortung von Putin, diesen Krieg, diesen Militäreinsatz sofort zu beenden, sofort alle Truppen zurückzuziehen und dafür zu sorgen, dass wir wieder in Verhandlungen treten können, um tatsächlich für Frieden - dauerhaft - sorgen zu können!

Wir wissen noch nicht, was das heute eigentlich genau bedeutet und was das auch für die Zukunft bedeutet. Was wir aber wissen, ist, dass Menschen sterben. Wir

wissen, dass Eltern ihre Töchter und Söhne beweinen werden; wir wissen, dass Kinder ihre Eltern beweinen werden. Und ja, auch ich hatte in den letzten Wochen und Tagen Fehleinschätzungen.

Wissen Sie, in den letzten Tagen habe ich mir sehr oft - immer wieder - folgendes Gedicht in Erinnerung gerufen:

„Meinst du, die Russen wollen Krieg? - Befrag die Stille, die da schwieg [...]“.

Auch russische Söhne werden sterben. Und ich bin mir sehr, sehr sicher, dass diese Russen und Russinnen nicht sterben wollen. Auch sie sind Opfer der demagogischen und kriegerischen Politik Putins.

Ich werde in wenigen Wochen Vater eines Sohnes. Und ich will, dass mein Sohn in einem friedlichen Europa aufwächst. Ich will, dass mein Sohn keine Waffe in die Hand nehmen muss - so wie ich es auch nicht tun musste. Ich will, dass wir alle gemeinsam dafür streiten und klare Zeichen setzen. Auch in dieser dunkelsten Stunde, die wir gerade erleben, geht es darum, gemeinsam Zeichen zu setzen.

Die Zeichen, die wir setzen können, sind nicht nur Reden hier. Lassen Sie uns vielmehr dafür sorgen, dass wir europaweit auf die Straßen und die Plätze gehen und ein deutliches Zeichen setzen, dass wir Putins Politik ablehnen und für Frieden streiten werden. Und ja, die Mittel, die wir haben, sind auch Demonstrationen! Lassen Sie uns heute dieses klare Zeichen setzen - auf allen Plätzen, egal ob in Potsdam, Berlin, Paris oder Moskau! Wir müssen diesem Autokraten und dem Regime in Moskau zeigen, dass dieser Krieg nicht der richtige Weg ist!

Und in dieser dunklen Stunde müssen wir als Brandenburgerinnen und Brandenburger deutlich machen, dass wir die Grenzen öffnen, dass wir sichere Fluchtwege schaffen, dass wir in dieser dunklen Stunde unsere Häuser und Türen, unsere Wohnzimmer öffnen und den Menschen, die vor Krieg fliehen, hier einen Platz geben und ihnen helfen. Das ist das, was wir hier in Brandenburg als Allererstes tun können und tun müssen. Sie brauchen unsere Solidarität. Die Ukraine dürfen wir nicht alleinlassen! Die Kinder, die Eltern, die Großeltern und alle anderen in der Ukraine, die gerade

Angst davor haben, zu sterben, die Angst davor haben, ihre Lieben zu verlieren - wir lassen sie nicht allein und werden hier die richtigen Taten und Entscheidungen finden müssen. Es bleibt dabei: Nie wieder Krieg! - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Budke.

Petra Budke (B90/GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Tief erschüttert haben wir heute zur Kenntnis genommen, dass in der Nacht russische Truppen in die Ukraine einmarschiert sind und es Raketenangriffe auf ukrainische Städte gegeben hat. Während wir hier reden, lässt der Diktator Wladimir Putin ein freies und souveränes Land militärisch besetzen. Und das versetzt uns hier in Deutschland in sehr, sehr tiefe Sorge. Die Welt hat sich verändert. Wir verurteilen diesen Bruch des Völkerrechts aufs Schärfste. Er muss umgehend harte Konsequenzen haben!

Es ist richtig, dass die EU bereits gestern ein umfassendes Sanktionspaket angekündigt hat - es muss sofort umgesetzt werden. Auch die Bundesregierung hat umgehend gehandelt: Wirtschaftsminister Robert Habeck hat gestern das Genehmigungsverfahren für die russische Pipeline Nord Stream 2 gestoppt. Weitere harte wirtschaftliche Sanktionen werden folgen.

Waffenlieferungen in die Ukraine lehnen wir ab. Waffen sind keine Lösung für Konflikte. Wir setzen uns dafür ein, dass der Ukraine sofort umfassend humanitär geholfen wird. Und wir fordern Wladimir Putin auf, den Militäreinsatz sofort zu stoppen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren!

Wir erklären uns mit den Menschen in der Ukraine solidarisch, die nun in großer Sorge sind - um ihr Leben, um ihre Familien und um ihr Land. Alle, die das Land verlassen müssen, werden wir hier willkommen heißen. Wir werden uns umgehend darauf vorbereiten, Geflüchtete aus der Ukraine hier gut aufzunehmen.

Unsere Gedanken sind jetzt bei den Menschen im Land. Und wir alle hier sind hierüber, glaube ich, tief bewegt. - Danke.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Für die Fraktion BVB / FREIE WÄHLER spricht Herr Abgeordneter Vida.

Vida (BVB/FW):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Erlauben Sie mir, zu Beginn darauf hinzuweisen, dass wir als BVB / FREIE WÄHLER als rein landespolitische Vereinigung keine klassische außenpolitische Agenda haben; insofern gibt es dazu keine „Parteimeinung“. Allerdings ist klar, dass wir als Mitverantwortungsträger uns bei solch entsetzlichen, dramatischen Vorgängen dazu äußern, auch eine klare Position beziehen und eine klare Meinung haben und auch eine klare Aussage hierzu treffen wollen und müssen.

Heute ist ein Tag, meine Damen und Herren, wo man den Wert des Friedens wieder erkennt, und es ist häufig so, dass man den Wert des Friedens immer erst dann erkennt, wenn man ihn verliert, wenn man ihn zu verlieren droht. Deswegen ist es ein Tag, der einen sehr nachdenklich macht, weil er einem vor Augen führt, wie sehr man Frieden für selbstverständlich hält, gehalten hat und welcher großen Wert er darstellt.

Während wir an der Grenze Russlands oder im russischen Interessengebiet in Transnistrien, Abchasien seit Jahrzehnten eingefrorene Konflikte haben, ist hier die Situation krasser. Die Situation ist eindeutig, und es gibt nichts zu deuteln: Es handelt sich um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen ein souveränes Land.

Wir als Demokraten tun gut daran, das auch als Aggression zu benennen und hierbei auch ganz klar den Aggressor zu verurteilen und die bedingungslose Geltung des Völkerrechts einzufordern. Dies bedeutet, Solidarität mit der Ukraine zu üben, insbesondere mit der Zivilbevölkerung.

Es ist notwendig, mit den richtigen außenpolitischen Mitteln zu antworten und alle Möglichkeiten zu ergreifen. Hierzu gehört aus unserer Sicht jedoch keine militärische Intervention deutscher Truppen in irgendeiner Form, und wir begrüßen es, dass das auch von niemandem ernsthaft gefordert wird.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch der Tatsache ins Auge sehen, dass offensichtlich die deutschen Nachrichtendienste nicht angemessen vorbereitet waren. Wir haben in den letzten Tagen und Wochen kapitale Lagefehleinschätzungen gehört, in denen es hieß: Da gab es Verhandlungen, Truppen wurden zurückgezogen. - Das war eine Fehleinschätzung und hat dazu geführt, dass eine gemeinsame europäische Antwort schlechter und langsamer vorbereitet werden konnte und dementsprechend jetzt erschwert verhandelt werden muss und sich schwerer etwas erreichen lässt.

In diesem Konflikt ist immer die Rede von Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Wenn man das einfordert, gehört das unmissverständliche Bekenntnis zum Recht der Ukraine auf territoriale Integrität und volle Souveränität dazu, an dem es nichts zu deuteln, nichts zu schwurbeln und auch nichts zu relativieren gibt.

Wenn man das ernst meint, gehört dazu auch die klare Aussage, dass man den Personen, die diese Integrität und Souveränität zu zerstören suchen, keine Einladungen auf Brandenburger Boden ausspricht.

Meine Damen und Herren, wir sind es der Ukraine schuldig, den Zivilisten, und auch unseren Freunden in Georgien und vor allem Polen. Denn dem polnischen Sicherheitsbedürfnis Rechnung zu tragen gilt - neben dem ukrainischen und unserem eigenen Sicherheitsbedürfnis - natürlich unsere besondere Aufmerksamkeit, und das gilt es immer wieder zu betonen.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir an dieser Stelle einige persönliche Worte. Ich war vor einiger Zeit, aber deutlich nach der Machtübernahme der sogenannten Rebellen eine Woche in Luhansk und in Donezk, ohne Presse, ohne Weste, einfach privat - das beklemmende Gefühl, das man dort hatte, die zerbombten Häuser, den Beschuss direkt am Flughafen Donezk, der damals noch Teil der Frontlinie war, das Leid, die wirtschaftliche Zerstörung und die Perspektivlosigkeit vieler Zivilisten, vieler

Menschen, die ich da gesehen habe, das Unrecht, das dort herrschte ... Ich habe dabei zugleich sehr viel Sehnsucht in der Zivilbevölkerung nach Frieden gesehen. Und genau deswegen ist es notwendig, den Wert des Friedens immer hochzuhalten und auch mit den Menschen dort solidarisch zu sein.

Deswegen tun wir gut daran, an die Zivilbevölkerung zu denken, mit einer geeinten europäischen Stimme aufzutreten, die Aggression zu verurteilen und die Aggressoren zum Frieden zu zwingen, und, meine Damen und Herren, wenn das möglich ist, auch dafür zu beten - für Frieden, Freiheit und Freundschaft der Völker. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

- - -